

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 1

Artikel: Liberalistische oder organisierte "Liberalisierung" des Handels?
Autor: Oettli, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

durchaus ermuntert wird, und zwar einfach mit dem eigenen Beispiel und von der wir heute schon in der französischen, deutschen, spanischen und italienischen Arbeiterbewegung hoffnungsvolle Ansätze beobachten können. Umgekehrt aber verpflichtet die Anerkennung Jugoslawiens als eines unabhängigen, sozialistisch-demokratischen Staates die internationale Arbeiterklasse zur Solidarität gegenüber diesem Lande und seinen Arbeitern, eine Solidarität, welche in dreifacher Weise geübt werden kann und muß: als moralische Solidarität mit der Verteidigung Jugoslawiens gegen die Lügenflut, mit der Reaktion und Kominform gemeinsam über dieses Land herfallen, als materielle Solidarität der Nothilfe bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Jugoslawien aus dem Bruch mit der Kominform und aus der Mißernte dieses Jahres erwachsen sind und an deren Beseitigung die Arbeiter aller Länder eigentlich viel mehr interessiert sind als die amerikanischen Bankiers, und als aktive politische Solidarität, die in der Intensivierung des eigenen Kampfes um das sozialistische Ziel zum Ausdruck kommt und mit seinem Erfolg das beste ist, was die Arbeiter für die kühnen Vorkämpfer des Sozialismus an Donau und Save tun können.

MASCHA OETTLI

Liberalistische oder organisierte «Liberalisierung» des Handels?

In ihrer Oktobersession 1950 haben die eidgenössischen Räte den Anschluß unseres Landes an die Europäische Zahlungsunion (EZU) beschlossen. Die Schweiz hat damit zwei Verpflichtungen übernommen: Erstens teilzunehmen an der Regelung der Zahlungsüberschüsse und -defizite, die im europäischen Handel entstehen, und zweitens – wie die andern europäischen Staaten – 60 Prozent ihrer Einfuhr zu «liberalisieren», wie der Fachausdruck heißt, also von jeder mengenmäßigen Beschränkung, von *Kontingentierungen* zu befreien.

Auf die Vorgeschichte dieser neuen Regelung sei hier nur kurz hingewiesen: Durch den Krieg sind nicht nur zahlreiche Produktionsstätten zerstört worden, mindestens ebenso schwere Störungen erlitt der internationale Handel. Während jedoch die Produktion sich in den einzelnen Ländern er-

staunlich rasch erholte, kann vom internationalen Handel nicht das gleiche gesagt werden. Jedes Land stellte – sofern es überhaupt plante – seine eigenen Wirtschaftspläne auf und versuchte durch Steigerung des Exportes die nötigen Devisen für seine unentbehrliche Einfuhr zu erhalten, weitgehend unbekümmert darum, ob andere Länder sich bereit finden würden, diesen vergrößerten Export aufzunehmen.

So war es verständlich, daß die im Zusammenhang mit der Verteilung der Marshallgelder geschaffene Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit mit Sitz in Paris, die OEEC, vorerst die *gemeinsame Planung* der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellte. Ihren Bemühungen war jedoch in dieser Beziehung kein großer Erfolg beschieden. Die Wirtschaftsverfassungen der verschiedenen Länder und insbesondere ihre Wirtschaftspolitik waren zu unterschiedlich, als daß die Länder bereit gewesen wären, von ihrer Souveränität so viel aufzugeben, wie für eine tatsächliche Koordinierung der europäischen Wirtschaft erforderlich gewesen wäre. Während die einen Länder die Sicherung der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt einer straffen Planwirtschaft stellen, wollen andere Länder von Planung wenig wissen und verlassen sich – soweit die Umstände sie nicht zu anderem zwingen – auf die heilenden Kräfte einer freien Marktwirtschaft.

Angesichts dieses Mißlingens einer direkten Koordination der Produktion verschob sich die Diskussion in der OEEC nun auf die Frage des Handels und der Zahlungsmöglichkeiten, denn das System der bilateralen Handelsverträge, das einigermaßen funktionierte, solange einzelne Länder noch in der Lage waren, Zahlungsdefizite mit Gold zu decken, und andere, Kredite zu gewähren, zeitigte beim Zurückgehen dieser Möglichkeiten immer mehr Unzulänglichkeiten. Internationale Zahlungspläne wurden ausgearbeitet sowie ein System der Ziehungsrechte, das allerdings nur unter der Voraussetzung funktionieren konnte, daß Amerika sich bereit erklärte, Spitzendefizite mit Hilfe von Dollargeschenken auszugleichen. Das System erwies sich zudem als zu starr. Zugleich zeigte sich, daß die Zahlungsschwierigkeiten nicht die einzigen Hindernisse für eine Ausdehnung des europäischen Handels sind. Ein weiteres Hemmnis für einen freien Warenstrom stellten die *Einfuhrkontingentierungen*, also die mengenmäßigen Beschränkungen der Einfuhr, dar. So wurde neben einer neuen Regelung des Ausgleichs der internationalen Zahlungen ein schrittweiser Abbau dieser Kontingentierungen vorgesehen, also das, was heute unter der Flagge der Liberalisierung des Handels segelt.

Beide Regelungen sollten zum gleichen Ziel beitragen: den europäischen Handel zu erleichtern, die Arbeitsteilung unter den Ländern zu fördern, die Produktivität zu erhöhen. Der freiere Wettbewerb sollte dem technischen

Fortschritt den Weg bahnen, künstlich überhöhte Preise herabgesetzt, die Produktion dort ausgedehnt werden, wo sie am wirtschaftlichsten ist – alles nicht zuletzt im Hinblick auf das weitere Ziel: die Konkurrenzkraft der europäischen Wirtschaft gegenüber Amerika zu stärken.

Gegenüber diesen Plänen und Vereinbarungen haben Sozialisten zweideutige Gefühle: Auch wir sind keine sturen Anhänger von Kontrollen, auch wir schätzen die Freiheit. Doch ist unbeschränkte Freiheit für uns nicht das oberste Ziel. Wenn die Freiheit der einen zu Not und Ungerechtigkeit gegenüber andern führt, dann können wir eine solche Freiheit nicht gutheißen. Als Sozialisten können wir darum auch diese Liberalisierung des Handels nicht als Ziel für sich betrachten, wie zum Beispiel Liberalisten es tun, für die jeder Schritt in Richtung einer freieren Marktwirtschaft an und für sich schon ein Fortschritt bedeutet.

Als Sozialisten stellen wir uns ein dreifaches Wirtschaftsziel, das man mit folgenden Stichworten umreißen könnte:

Sicherung der Vollbeschäftigung;
eine gerechtere Verteilung des Einkommens;
eine Erhöhung des Lebensstandards.

Unsere Stellungnahme zur Liberalisierung des Handels kann daher nur unter dem Gesichtspunkt erfolgen, inwieweit sie einen Schritt in Richtung auf dieses dreifache Ziel darstellt oder gegebenenfalls eine Erreichung desselben erschwert.

Keine wirkliche Befreiung von Handelshemmnissen

Untersuchen wir die wahrscheinlichen Folgen der vorgesehenen und zum Teil bereits durchgeführten Liberalisierung des Handels, so müssen wir feststellen, daß trotz der Befreiung von mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen von einem wirklich freien Warenstrom von Land zu Land nicht die Rede sein kann. Denn erstens ist nur die von *privaten* Importeuren getätigte Einfuhr den Liberalisierungsbestimmungen unterstellt, nicht jedoch die von Regierungsorganen. Fällt es einem Land schwer, die vorgesehenen 60 Prozent seiner Einfuhr zu liberalisieren, so steht ihm jederzeit der Weg offen, die Einfuhr durch staatliche Organe zu tätigen. – Ferner muß in Betracht gezogen werden, daß neben den Kontingentierungen noch ganz andere, in vielen Fällen keineswegs weniger wirkungsvolle Hemmnisse den freien Warenstrom von Land zu Land hindern. Zu diesen zählen zum Beispiel die *Zölle*. Es ist

interessant, festzustellen, daß gerade in den Ländern, in denen nicht eine bewußt sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben wird, sondern wo dem freien Spiel der Kräfte Vertrauen geschenkt wird, parallel zur Liberalisierung des Handels die Zölle erhöht wurden, zum Teil fast prohibitiv. Italien und Frankreich sind Beispiele dafür. Auch in unserem Land sind die – allerdings schon alten – Diskussionen um die Revision des Zolltarifes, und zwar nicht im Sinne einer *Zollsenkung*, neuerdings in ein akutes Stadium getreten. Die Gefahr ist groß, daß durch neue Zollschranken sogenannte «Treibhauspflanzen» in der Industrie geschützt werden, was dem Ziel einer Erhöhung des Lebensstandards entgegensteht.

Eine ähnliche, den freien internationalen Warenverkehr hemmende Wirkung kann von internationalen *Kartellvereinbarungen* ausgehen. Auch auf diesem Gebiet sind fieberhafte Bemühungen zur Regelung der Märkte festzustellen. Gewiß ist nicht jede internationale Regelung der Märkte durch Kartellvereinbarungen unbedingt von Schaden. Man kann uns Sozialisten jedoch nicht verargen, wenn wir vermuten, daß nicht unsere sozialistischen Wirtschaftsziele den Kartellorganisationen als Richtschnur dienen, sondern ganz andere, viel privatere Interessen. Die Gefahr, die von Kartellen ausgeht, könnte nur dann verringert werden, wenn die Gewerkschaften einerseits und die Regierungsorgane andererseits sich in diese Organisationen einzuschalten vermögen.

Schematische Liberalisierung

Die Verpflichtung der Mitglieder der Europäischen Zahlungsunion wurde – abgesehen von einigen Ausnahmen – sehr schematisch gefaßt: Jedes Land hat 60 Prozent seiner Einfuhr zu liberalisieren, gleichgültig, welche Rolle der Außenhandel mit europäischen Staaten für die Wirtschaft des betreffenden Landes spielt, gleichgültig auch, welche Rolle dem durch staatliche Organe getätigten und also der Liberalisierung nicht unterworfenen Handel zukommt. Es ist klar, daß es den einzelnen Ländern damit ungleich schwer fällt, sich an die Vorschriften zu halten. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Die meisten Länder (die Schweiz inbegriffen) sorgen aus verständlichen Gründen dafür, daß die Einfuhr landwirtschaftlicher Konkurrenzprodukte möglichst wenig liberalisiert wird. Das hat für ein Land mit bedeutendem Agrarexport, wie Dänemark, sehr ungünstige Folgen. Wie die andern Länder muß Dänemark 60 Prozent seiner Einfuhr liberalisieren, auf den Liberalisierungslisten der andern Ländern wird jedoch seinen Exportprodukten kaum Raum gewährt.

Es ist sehr wohl denkbar, und im Falle Deutschlands bereits eingetreten, daß die Liberalisierung der Einfuhr zu einem höheren Konsum an eingeführten Waren führt und daß dadurch einzelne Länder in größere Zahlungsschwierigkeiten geraten, als sie gekommen wären, wenn sie ihre Einfuhr geplant, die vorhandenen Mittel für die wichtigsten Einfuhren reserviert hätten. Diese Gefahr kann besonders auch Länder treffen, die dank ihrer Vollbeschäftigungspolitik über eine große Kaufkraft der Massen verfügen. Was geschieht in einem solchen Fall? Es sind, abgesehen von einer Währungsabwertung, drei Möglichkeiten denkbar: Erstens, daß das betreffende Land sich von der Liberalisierungspolitik abwendet und seine Einfuhr neuerdings kontingentiert. Zweitens, daß ihm von seiten der Europäischen Zahlungsunion weitere Kredite eingeräumt werden, und drittens, daß es eine Deflationspolitik einleitet, das heißt durch Verteuerung des Kredites usw. eine Preis- und Lohnsenkung erzwingt, die es ermöglichen soll, die Ausfuhr zu steigern. Die Gefahr ist groß, daß von gewissen Ländern dieser dritte Weg eingeschlagen wird, wurde er doch von den OEEC-Behörden bereits Deutschland nahegelegt. Abgesehen davon, daß durch eine solche Deflationspolitik im betreffenden Land selber die Zahl der Arbeitslosen steigt, werden durch dieses Vorgehen auch andere Länder betroffen: Gelingt es dem zuerst in Schwierigkeiten gekommenen Land, seinen Export dank niedrigerer Löhne und Preise zu steigern, so kann dies bei freiem Warenverkehr zu Preisunterbietungen führen und zu einem Zurückgehen der Beschäftigung in andern Ländern. Es kann das eintreten, was man mit dem Schlagwort «Export von Arbeitslosigkeit» bezeichnet. Wehren sich die andern Länder gegen diese Art Schmutzkonkurrenz des Deflation betreibenden Landes, so können sie dies nur tun durch Importrestriktionen, also durch eine Abkehr von der Liberalisierung des Handels.

Ganz besonders unannehmbar wäre die Lage, wenn auch der *Kapitalverkehr* von Land zu Land liberalisiert würde, was heute noch nicht der Fall ist. Maßnahmen von sozialistisch regierten Ländern zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur gerechteren Verteilung des Einkommens wie Investitionskontrollen, hohe Gewinn- und Erbschaftssteuern würden, solange nicht alle Länder entsprechende Maßnahmen anwenden, unweigerlich zu einer Kapitalflucht führen, die es den sozialistisch regierten Ländern erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht, den Lebensstandard der Massen in ihrem Land zu heben und die Vollbeschäftigung zu sichern.

Ein freier Warenverkehr von Land zu Land kann durch Vergrößerung

des Marktes durchaus sozialistischen Wirtschaftszielen dienen, jedoch nur dann, wenn er unter bestimmten Bedingungen vorgenommen wird, nämlich, daß keines der beteiligten Länder Deflationspolitik betreibt, daß größere und international wichtige Kapitalinvestitionen einer internationalen Kontrolle unterstehen. Mit einem Wort: die Liberalisierung müßte organisiert und nicht liberalistisch durchgeführt werden. Dazu ist ein weit größeres Maß von *Wirtschaftsinformationen*, national und international, erforderlich, als heute erhältlich ist. Vom Schuman-Plan ist noch zuwenig bekannt, auch konnten noch keine Erfahrungen mit seiner Anwendung gemacht werden, doch ist durchaus möglich, daß eine Liberalisierung des Handels für einzelne wichtige Produkte wie Kohle, Stahl usw. einer organisierten Liberalisierung näher kommt als die schematische Festsetzung auf 60 Prozent und später 75 Prozent der Einfuhr.

Der Einfluß der Rüstungskonjunktur

Die bisherigen Überlegungen sahen davon ab, daß heute kein normaler Zustand in der Wirtschaft herrscht, sondern eine starke Anspannung aller Kräfte durch die Wiederaufrüstung. Neben der Produktion von Gütern für den täglichen Bedarf und der notwendigen Beschaffung von Kapitalgütern werden heute zusätzlich Rüstungsgüter aus der Wirtschaft herausgepreßt. In Ländern, wo Produktionsreserven vorhanden sind – nicht voll ausgenützte Betriebe sowie Arbeitslose –, ist das Problem verhältnismäßig leicht zu bewältigen. Die bisher nicht beschäftigten Arbeiter können – schematisch gesagt – in den bisher nicht voll ausgenützten Betrieben das für die Wiederaufrüstung nötige Mehr an Produkten herstellen. Anders in den Ländern ohne solche Reserven, das heißt in Ländern mit Vollbeschäftigung. Hier wird es nur durch *Steigerung der Produktivität* der Wirtschaft möglich sein, das bisherige Quantum «Butter» und erst noch «Kanonen» herzustellen.

Von bürgerlicher Seite aus wird der mit der Wiederaufrüstung zusammenhängende Aufschwung der Konjunktur gern als Erfolg der freien Marktwirtschaft gebucht und der Schluß gezogen, daß bei der heutigen Hochkonjunktur vermehrte Möglichkeiten für den Abbau von Kontrollen gegeben sind. In der Tat, auf einem Gebiet hat die Wiederaufrüstung eine Entspannung gebracht: die Preise der Rohstoffe sind stark gestiegen, was unter anderm den rohstoffliefernden Gebieten des Sterlingblocks zugute kam, die mit dem Absatz von Rohstoffen auf dem amerikanischen Markt so viel Dollars verdienen konnten, daß die Dollarlücke des Sterlinggebietes weitgehend überbrückt wurde.

Abgesehen von dieser Erscheinung, ist es für Sozialisten jedoch eindeutig, daß eine durch die Wiederaufrüstung hervorgerufene Hochkonjunktur nicht einem Abbau von Wirtschaftskontrollen ruft, sondern im Gegenteil einem Ausbau derselben.

Bei einer Aufrüstung steigt die Lohn- und Gewinnsumme, ganz besonders in Ländern, die vorher Arbeitslosigkeit kannten. Andererseits stehen jedoch nicht wie bei einer normalen Friedensproduktion dieser größeren Summe an Kaufkraft entsprechend gesteigerte Mengen von Konsumgütern gegenüber. Das führt unweigerlich zu einem Inflationsdruck mit all seinen nachteiligen Folgen. Durch eine Serie von Vorsorgen muß ihm so rasch wie möglich begegnet werden. Steuern müssen erhöht, Maßnahmen ergriffen werden, damit das Gleichgewicht im Außenhandel nicht gestört wird durch die Tatsache, daß in einzelnen Ländern mit großer Rüstung der Inflationsdruck stärker ist als in andern. (Hohe Steuern auf Rüstungsgewinnen sind allerdings nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, sondern mindestens ebenso deswegen, weil es etwas Stoßendes hat, wenn gerade bei der Fabrikation von Waffen die größten Gewinne gemacht werden.)

Durch die Wiederaufrüstung entsteht – wie schon erwähnt – eine größere Nachfrage nach Rohstoffen, ja eine Knappheit derselben, die sich heute schon sehr bemerkbar macht. Soll die Wirtschaft dadurch nicht desorganisiert werden, ist auch aus diesen Gründen nicht ein Abbau von Kontrollen nötig, sondern im Gegenteil ein Ausbau derselben, der sich gegebenenfalls auch auf den Außenhandel mit Rohstoffen beziehen muß.

Und noch ein letzter Punkt, der nicht übersehen werden darf: Durch die mit der Wiederaufrüstung entstehende Hochkonjunktur wird sozusagen ein Schleier über die Wirtschaft geworfen. Fehler, wie zum Beispiel das Bestehen struktureller Arbeitslosigkeit, werden verdeckt, ja es werden vielleicht gerade diese Zweige der Wirtschaft übermäßig ausgedehnt, die auf Friedensproduktion berechnet ohnehin schon zu groß sind. Die Gefahr besteht darum, daß bei einem Nachlassen der Rüstungsaufträge die Wirtschaft erst recht nicht ausbalanciert ist und Arbeitslosigkeit entsteht. Auch um diese ungünstigen Folgen zu verringern, ist nicht ein Abbau der Wirtschaftskontrollen, sondern ein Aufbau derselben, insbesondere der Investitionskontrolle, nötig.

Ist schon in normalen Zeiten eine Liberalisierung des Handels, die – wenn sie richtig durchgeführt wird – Vorteile haben kann, im Hinblick auf unsere sozialistischen Wirtschaftsziele (Sicherung der Vollbeschäftigung, gerechtere Verteilung des Einkommens und Erhöhung des Lebensstandards) nur dann nützlich, wenn sie *organisiert* durchgeführt wird, so gilt dies also erst recht, wenn die Wirtschaft durch eine Rüstungskonjunktur aufgebläht ist.